

Zum Europäischen Aktionstag, Mittwoch 29.9.2010
Proteste in 35 deutschen Städten gegen ungerechte Sparpakete
Kundgebung des globalisierungskritischen Netzwerks Attac
München, Marienplatz, 15 Uhr

Banken an die Ketten – das Gemeinwohl retten!

Mit milliardenschweren Rettungspaketen aus Steuergeldern wurden die Banken und die Vermögen ihrer Klientel gerettet. Doch anstatt diejenigen zur Kasse zu bitten, die für die Krise verantwortlich sind und von ihr profitiert haben, werden die **Kosten jetzt als Sparpaket auf die Bevölkerung abgewälzt** und dem öffentlichen Sektor entzogen. Das Geld fehlt nun für die Schulen, für bezahlbare Wohnungen, öffentlichen Nahverkehr und wichtige soziale Aufgaben.

Das ist Sozialhilfe für die Reichen.
Das ist Bankenraub am Bürger.

Doch anstatt reguliert zu werden, betreibt die Finanzbranche ihre gesellschaftlich zerstörerischen und verdunkelten Geschäfte weiter wie bisher. Banken wie die Deutsche Bank sind zudem so groß, dass sie die Politik und die Demokratie erpressen können. Gerade erst beantragte die Skandalbank Hypo Real Estate weitere Staatsgarantien in Höhe von 40 Milliarden Euro – kurz zuvor verteilte Bankchefin Manuela Better üppige Boni an ihre »Leistungsträger«.

Banken müssen endlich für ihre Krisenschuld zur Verantwortung gezogen werden und für die von ihnen verursachten Schäden zahlen.



Regulieren statt Spekulieren!

Zwei naheliegende Forderungen:

- 1) Würde man die **Finanztransaktionssteuer** einführen, hätte man selbst mit dem Mini-Steuersatz von 0,01% allein in Deutschland über 20 Milliarden Euro jährliche Einnahmen.
- 2) Würde man eine 5 prozentige **Vermögenssteuer** für die 860.000 Finanzanlage-Millionäre in Deutschland einführen (Gesamtvermögen: 2200 Milliarden Euro), würde das 100 Milliarden Euro für öffentliche Zwecke freimachen und zugleich die Summen für weitere Spekulationsblähungen heilsam verringern.

Eine detaillierte Analyse des Sparpakets der deutschen Regierung finden Sie unter

www.attac.de/aktuell/sparpaket/

Hintergrund

Auf den deregulierten Finanzmärkten haben die Vermögenden ihren **Reichtum konzentriert** und weiter gemästet, auf Kosten von Mensch und Natur.

In den **Steueroasen** werden mit Hilfe der Banken jährlich Milliarden von Steuergeldern hinterzogen. Damit berauben sie nicht nur die öffentlichen Haushalte, sie treiben auch die globale Umverteilung von Süden nach Norden auf die Spitze.

Der private Bankensektor ist ein Hauptverantwortlicher für die **Krise**. Ihre Lobbyisten haben die Politik vor sich her getrieben, haben die immer weitergehenden Deregulierungen auf den globalen Finanzmärkten durchgesetzt.

Sie haben hochspekulative, gemeingefährliche Finanz-»Produkte« kreiert und eine undurchsichtige **Schattenwirtschaft** geschaffen.

Sie haben damit die **Armut** verschlimmert, den Sozialstaat und das wirtschaftliche Gemeinwohl geschädigt.

Private Bankenmacht beraubt die Allgemeinheit. Für ihre Verluste wurden in der Krise Milliarden öffentlicher **Rettungsgelder verschleudert** und im Finanzkasino damit weiter gezockt.

Ihre Macht **untergräbt die Demokratie** und erzeugt staatliche Ohnmacht. Einige Banken sind so groß, dass sie als systemrelevant definiert werden. Weil sie drohen können, ihr Zusammenbruch gefährde das gesamte Finanz- und Wirtschaftssystem, können sie darauf spekulieren, mit Steuergeldern gerettet zu werden.

Insbesondere die Deutsche Bank ist eine Krisentreiberin:

Sie macht und machte Lobbyarbeit für die Deregulierung der Finanzmärkte, u. a. in der »Initiative Finanzstandort Deutschland« für Kreditverbriefung, Zweckgesellschaften, Hedgefonds.

Sie drängte den Staat zur Rettung der IKB (Deutsche Industriebank) bei gleichzeitiger Eigenschaft als Gläubigerbank der IKB, verhinderte aber gemeinsam mit dem Finanzministerium die Offenlegung von Details zur IKB und deren Rettung.

Ab 2006 beteiligte sie sich an der Spekulation auf das Platzen der Immobilienblase und ist eine Profiteurin der sog. Subprime-Krise in den USA.

Bei der staatlichen Rettung der Hypo Real Estate im Herbst 2008 spielte sie eine erpresserische Rolle und drohte, es sei »der Tod des deutschen Bankenwesens«, wenn die privaten Banken zu stark belastet würden (so Josef Ackermann während der Verhandlungen mit der Bundesregierung). In Wirklichkeit umging die deutsche Bank damit ihre Verluste, denn bei einem Zusammenbruch der HRE hätte sie Milliarden abschreiben müssen.

Auf all dies gibt es nur eine Antwort: die demokratische, die **politische Kontrolle des Finanzwesens im Sinne des Gemeinwohls** muss sichergestellt werden. Die Umverteilung von unten nach oben muss gestoppt werden und in die umgekehrte Richtung gehen: von oben nach unten.

Das globalisierungskritische Netzwerk **Attac** und viele Gruppen der Sozialbewegung fordern:

- **Verbot von hochriskanten Finanz»produkten«**, die nur dem Bankenprofit dienen (z.B. CDOs (Bündelung verbriefter Kredite), und CDS (»Credit Default Swaps«, handelbare Kreditausfallversicherungen).
- **Verbot von Wetten auf Rohstoffpreise** sowie gedeckte oder ungedeckte Leerverkäufe. Der unregulierte Derivate-Handel muss beendet werden.
- Die Errichtung einer wirksamen EU-**Finanzaufsicht**.
- Es muss bei der Beurteilung der Finanzpraktiken das **Vorsorgeprinzip** gelten, ähnlich wie bei Risikotechnologien: Da ist es völkerrechtlicher Standard, die Anwendung von zu riskanten, zu komplexen, zu undurchschaubaren Technologien verbieten zu können oder sich zumindest vor ihrem Import schützen zu dürfen!

Weitere Infos:

www.attac.de/bankenaktionstag • www.attac.de/bankentribunal • www.attac-muenchen.org

Kinofilm vom Attac-Bankentribunal (April 2010 an der Berliner Volksbühne):
Sonntag, 10. Okt., 11 Uhr im City-Kino, Sonnenstr. 12, München. Mit Diskussion.